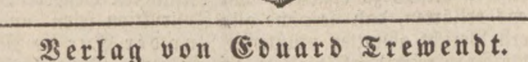
Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

No. 234. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Montag, den 21. Mai 1860.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 19. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Turin vom heutigen Tage wird der Bischof von Faenza den Erzbischof von Bologna vertreten, der nach Turin gebracht werden soll, weil er sich geweigert hat, dem Befehle der Regierung nachzukommen. Gegen den Bischof von Imola geht man gleichfalls vor.

Marseille, 19. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Aleppo vom 28. v. M. hatte man an den Thüren der dortigen Christenhäuser Aufforderungen zum Morde der Christen angeheftet. Der Gouverneur hatte zwar die Rädelsführer verhaften lassen, die Garnison war indeß unzureichend und hielt man die Ausübung der Justiz für unmöglich. Man fürchtete einen neuen Ausbruch des Fanatismus.

Nachrichten aus Neapel vom 15. d. melden, daß der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Caraffa, in einem Circularschreiben an das diplomatische Korps die piemontesische Regierung anklage, sie habe die Organisation und den Abmarsch der Garibaldi'schen Banden, trotz ihres Versprechens, es zu verhindern, geschehen lassen. Das Attentat verletze die völkerrechtlichen Gesetze. Eine blutige Anarchie werde ganz Europa in Gefahr bringen, und weise er die Verantwortlichkeit für solche Missethaten auf die Urheber und Theilnehmer zurück. Der sardinische Gesandte Villamarina protestirte gegen die Anklagen und die falschen Beschuldigungen.

Man glaubt noch immer, daß Garibaldi selbst sich nach Calabrien gewendet habe.

Turin, 19. Mai. Hier eingetroffene Nachrichten aus Neapel vom 16. d. melden, daß das 6. Regiment sich geweigert habe, bei der am 13. in Palermo stattgehabten Demonstration auf das Volk zu feuern. General Salzano war willens das Regiment zu decimiren; sechs Offiziere gingen zu den Insurgenten über, sieben wurden verhaftet. Die Regierung hatte die Absicht, den Grafen Trani zum Vicekönig zu ernennen und eine Amnestie zu erlassen, als Alles zu Ende ging.

Genueser Nachrichten vom Freitag reden von Aufregung in Neapel nach Meldungen vom 15. Mai. Ferner gedenken sie des Gerüchts, ein Jägerregiment sei von Garibaldi's Truppen vernichtet!

Turin, 18. Mai. Die „Gazetta piemontese“ weist die Anschuldigung, als connivire das sardinische Ministerium mit Garibaldi, zurück.

Aus Palermo vom 16. Mai wird gemeldet, Garibaldi habe sich am 15. zu Alcamo bei Trapani im westlichen Sicilien befunden. Dort sei es zum Kampfe gekommen, wobei die königl. Truppen zurückgeschlagen worden seien. Palermo sei im Belagerungszustande.

Ein amtliches Telegramm aus Neapel vom 18. Mai meldet dagegen: **Garibaldis Schaaren sind von den königl. Truppen bei Calatafimi,*) unweit Alcamo, lebhaft mit dem Bayonnet angegriffen worden und unter Zurücklassung von Fahnen, vielen Todten und Verwundeten, darunter ein Befehlshaber, vollständig in die Flucht geschlagen worden.**

(Auch die „Preuß. Ztg.“ hat eine Depesche vom 18. Abends folgenden Inhalts: „In der Nähe von Calatafini sind die Flibustier, in der Stärke von etwa 700 Mann, von den neapolitanischen Truppen geschlagen und zersprengt worden. Die letzteren bestanden aus 2 Bataillonen und einer halben Batterie und verloren 60 Mann an Verwundeten und Todten. Die insurgirten Landleute haben nach dem ersten Kanonenschusse die Flucht ergriffen.“)

Paris, 18. Mai, Abends. Die so eben erschienene „Patrie“ behauptet, Garibaldi sei nicht nach Sicilien gegangen. (Laut Telegramm der „Hamb. Nachrichten“ hätte die dortige neapolitanische Gesandtschaft Garibaldis Landung bei Marsala auf Sicilien, wo sich das Hauptquartier der Insurgenten befinden sollte, bestätigt. Es sollten dort rothe Fahnen aufgezogen werden, man wußte aber nicht, ob britische oder Aufruhrfahnen.)

Aus **Marseille** von demselben Datum wird gemeldet, daß die Linienschiffe „Donawerth“ und „Descartes“ nach dem Süden gehen. (Tags vorher war von der Absendung von 4 Schiffen die Rede, die Admiral Jehenne auf Verlangen des französischen Gesandten in Neapel dahin führen solle.)

Hier eingegangene Nachrichten bestätigen den Abgang einer piemontesischen Brigade nach Toskana. Zur Beobachtung sind einige Dampfer nach Orbitella abgegangen.

Nizza, 14. Mai. Nachdem hier die Abhaltung der Verfassungsfeier verboten war, gingen viele Nizzarden nach Villafranca, wo ein piemontesisches Bataillon liegt, und wohnten der dortigen Militärmesse bei.

Mailand, 18. Mai. In der Kammersitzung vom 16ten hat das Ministerium des Innern einen Antrag vorgelegt, zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge jährlich 300,000 Lire zu bewilligen. Der Kriegsminister hat beantragt, daß sardinische Gesetz über die Truppenaushebung auf die neuen Provinzen auszudehnen und sogleich mit der Aushebung zu beginnen.

Paris, 19. Mai. Nach Berichten aus Marseille von gestern Abends hat die aus Italien zurückkehrende Division Bazaine Gegenbefehl erhalten. Das auf der Rückkehr nach Paris begriffene 33. Regiment hat zu Manosque den Befehl erhalten, nach Toulon zurückzukehren.

Paris, 19. Mai. Die heutige „Patrie“ sagt: es ist unrichtig, daß die Division Bazaine Contreordre erhalten habe; dieselbe werde am 26. in Paris eintreffen.

London, 19. Mai. Nach der heutigen „Times“ wird die englische Regierung die Trennung der europäischen Armee von der indischen Armee aufhören lassen.

Kopenhagen, 18. Mai. „Dagbladet“ berichtet: **Die dänische Regierung hat in Berlin einen Protest gegen die Verhandlungen im Hause der Abgeordneten über Schleswig und gegen die Haltung des Ministers des Auswärtigen, Herrn v. Schleinitz, eingereicht.**

Turin, 17. Mai. Der Kommandant des englischen Kriegsschiffes, welches bei Marsala den Kampf der neapolitanischen Marine mit den Garibaldischen Schiffen unterbrach, soll der kürzlich mit dem Mauritius- und Lazarus-Orden dekorirte Kapitän Paynter gewesen sein.

Turin, 18. Mai. Die Räumung der Lombardei von französischen Truppen findet unaufgehalten statt. Bergamo wird bis 22. vollständig geräumt sein; das 6. und 8. französische Husaren-Regiment werden am 25. und 26. abmarschiren.

Turin, 19. Mai. Außer dem Bischof von Faenza und dem Vicar von Bologna wird auch der Bischof von Imola gerichtlich verfolgt. Der Erzbischof von Pisa wird wegen Nichtbefolgung der Befehle der Regierung gewaltsam nach Turin gebracht.

Genua, 17, Mai. Der Redaktenr des „Cattolico“ wurde zu sechsmonatlichem Kerker und 300 Francs Geldbuße verurtheilt, weil er gemeldet, daß sich an Bord des Governolo 200,000 Francs für das sicilianische National-Comite befanden.

*) Catalafimi liegt hart an der Straße von Trapani nach Palermo, etwa 15 Wegestunden südöstlich von Trapani und ebenso weit von Marsala entfernt. Die „Köln. Ztg.“ und nach ihr die „Independance belge“ melden, daß die neapolitische Gesandtschaft in Wien seit geraumer Zeit die Nachrichten, welche sie täglich aus Neapel erhält, zurückhalte, und man daraus den Schluß ziehen könne, daß die Lage der königlichen Truppen eine sehr prekäre geworden sei. Die neapolitanische Gesandtschaft erklärt diese Behauptung der wiener Correspondenz der „Köln. Z.“ für aus der Luft gegriffen. Sie halte keine der Nachrichten, die sie aus Neapel erhält, zurück, und habe bis jetzt noch jede der ihr zugekommenen Depeschen ohne Rücksicht auf den Inhalt derselben veröffentlicht. In diesem Falle ist dann zu bedauern, daß die offiziellen Nachrichten aus Neapel so spärlich fließen. (Presse.)

Preußen.

K. C. 54. Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 19. Mai.

Um 10¼ Uhr eröffnet; am Ministertische: Herr Simons.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist: der Bericht der Budget-Commission über die gesetzliche Feststellung des Etats pro 1860. Nach einleitenden Worten des Berichterstatters Hrn. Osterrath, welcher constatirt, daß bis jetzt Absetzungen nicht in bedeutendem Umfange vorgekommen sind. Das Gesetz, betreffend die Feststellung des Etats pro 1860 lautet: § 1. Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Etat für das Jahr 1860 wird in Einnahme auf 130,615,255 Thlr. und in Ausgabe auf 130,615,255 Thlr., nämlich 124,874,378 Thlr. an fortdauernden und 5,740,877 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgestellt. § 2. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. — Es wird fast einstimmig angenommen.

Der zweite Gegenstand ist: Bericht der Justiz-Commission über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Abschätzung der Lehne in Alt-, Vor- und Hinterpommern, wie er aus den Berathungen des Herrenhanses hervorgegangen ist. Die Abschätzung pommerscher Lehne wird in 3 Fällen nothwendig, nämlich wenn es sich handelt 1) um die Abfindung der Töchter des verstorbenen Lehnbesitzers aus dem Lehne (Lehnaussteuertaxe); 2) um die Abfindung der Lehnmiterben (Lehntheilungstaxe); 3) um Feststellung des Preises, welchen ein Lehnagnat zu zahlen hat, wenn er von dem ihm zuständigen beneficium taxae Gebrauch machen will (Lehnkauftaxe). Die hierbei zu beobachtenden Grundsätze sind aus den §§ 222 bis 227 des pommerschen Provinzialrechts zu ersehen. Die Regierung hat vorgeschlagen, nicht die Subhastationstaxe des Landschafts-Reglements von 1857, sondern die Pfandbriefbewilligungstaxe bei künftiger Abschätzung der Lehne in Anwendung zu bringen, dabei die Erträge bei der Lehnkauftaxe mit 5 pCt., bei der Lehnaussteuertaxe und der Lehntheilungstaxe mit 6 pCt. zum Kapital zu berechnen und unter Ausschließung des prozessualischen Verfahrens die Erinnerungen gegen die Taxen im Wege der Beschwerde an den engeren Ausschuß der Landschaft erledigen zu lassen. Das Herrenhaus hat beschlossen, daß auch bei der Lehnkauftaxe der Ertrag nur mit 6 pCt. zu Kapital berechnet werden soll. Die Commission schlägt mit 7 gegen 5 Stimmen vor, das Gesetz ganz abzulehnen, weil es dem Art. 40 der Verfassung nicht entspreche, welcher verordnet: der in Bezug auf die vorhandene Lnehe noch bestehende Lehnsverband soll durch gesetzliche Anordnungen aufgelöst werden. An der General-Discussion betheiligen sich die Herren: Dr. Lette, von Arnim (Neustettin), v. Bonin (Stolpe), Denzin, der Minister des Innern, Herr Graf Schwerin, welcher die Ueberzeugung ausspricht, daß mit der Annahme des Gesetzes ein bedeutender Fortschritt erreicht, bedeutenden Uebelständen abgeholfen nnd eine Forderung der Gerechtigkeit erfüllt, wie auch ein dringendes Bedürfniß befriedigt wird.

Der Justizminister Simons vertheidigt ebenfalls den Entwurf wie alle vorgehenden Redner, weist Pommern. Der Minister macht namentlich auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, welche sich der Ausarbeitung eines Gesetzes im strikten Sinne der Verfassung entgegenstellen. Es handelt sich darum, der Provinz Abhilfe zu gewähren und der gegenwärtige Entwurf ist ein Versuch, dieses Ziel zu erreichen, seine Annahme wird große Abhilfe gewähren. Herr Strohn spricht sich gegen die Pfandbriefbewilligungstaxe aus, und überhaupt gegen den ganzen Gesetzentwurf, als im Widerspruche mit der Verfassung. Die Schwierigkeiten, welche sich einem Gesetze, die Auflösung der Lehne betreffend, mögen groß sein, aber die Verfassung hat vor 12 Jahren diese Auflösung für möglich gehalten. Hierauf entgegnet der Justizminister, daß der Entwurf nur eine Uebergangsbestimmung bezwecke. Die Generaldiscussion ist geschlossen. Der Berichterstatter Abg. Nemitz verspricht, über diesen der Majorität des Hauses ganz fremden Gegenstand sich kurz zu fassen, resumirt die Ansichten, welche sich in der Commission geltend gemacht haben. — (Freiherr v. Patow ist eingetreten). Bei der Specialdiscussion zu § 1 vertheidigt Herr Lette ein von ihm gestelltes Amendement, Freiherr v. Vincke (Hagen) ist gegen das ganze Gesetz, weil es nicht verfassungsmäßig ist; darauf käme es gar nicht an, ob die Aufhebung zweckmäßig oder unzweckmäßig ist; Zwitterzustänve zu fördern sei seine Sache nicht. Herr Burchardt ist nicht der Meinung, daß das Gesetz verfassungswidrig sei, wenn ein von ihm gestelltes Amendement angenommen wird. Herr Strohn giebt zu, daß der Wortlaut der Verfassung nicht verletzt sein mag, mit dem Geiste der Verfassung ist er aber nicht in Einklang zu bringen.

(Herr v. Auerswald ist eingetreten.) Herr Rohden und der Regier.-Commissarius empfehlen die Annahme des § 1 nach den Beschlüssen des Herrenhauses. Bei der Abstimmung wird das Amendement Burchardt, also lautend: Bei Aufnahme von Lehntaxen sind ohne Rücksicht auf deren Zweck diejenigen landschaftlichen Abschätzungs-Grundsätze zum Grunde zu legen, welche für die Abschätzung eines zur Subhastation gestellten Rittergutes vorgeschrieben sind, abgelehnt; das Alinea 1 zu § 1 nach den Beschlüssen des Herrenhauses, nach zweifelhafter Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben, beim Zählen mit 109 Stimmen gegen 106 angenommen, worauf Freiherr v. Vincke auf namentliche Abstimmung anträgt. Hierbei stimmen über 250 Abgeordnete, 125 für nnd 125 gegen den § 1 Alin. 1. Unter den mit Ja! sagenden befinden sich u. A. die Herren Kühne (Berlin), Duncker (Neustettin), v. Brandt, v. Berg, im Allgemeinen die Fractionen des Centrums, die Polen, v. Blanckenburg, v. Arnim, Graf Pückler und die Fraction Mathis. Der § 1 Alin. 1 ist also abgelehnt, worauf die Regierung auf die Fortsetzung der Berathung verzichtet.

Das Haus nimmt den Antrag der Agrarkommission, den Entwurf einer Fischereiordnung, ohne Diskussion an; ebenso ohne erhebliche Diskussion den Antrag derselben Kommission über die Petition, ein Ablösungsgesetz für Neu-Vorpommern und Rügen betreffend, und wendet sich zur Berathung über die Petition der Herren Baum, v. Sybel und Genossen, die Verbindung des Rheines mit der Weser und Elbe durch einen Kanal betreffend. Der Berichterstatter Hr. v. Rönne verzichtet vor der Diskussion auf das Wort und überläßt es dem Freih. v. Diergardt, welcher wünscht, daß mit den Vorarbeiten für den Kanal recht schleunig begonnen werden möge. Das Haus geht nach dem Antrage der Kommission über die Petition zur Tagesordnung über und beschäftigt sich zuletzt mit der Petition des Kreisrichters Riel zu Soldin, betreffend den Anspruch der richterlichen Beamten auf Einrücken in die etatsmäßig festgesetzten Richtergehalte.

Hr. Reichensperger (Köln) wünscht den zweiten Antrag der Kommission bei den Worten „Instanz finden“ aufhören zu sehen.

Hr. Strohn will Niemanden zu überzeugen versuchen, wer nicht durch den Kommissionsbericht schon überzeugt ist.

Der Justiz-Minister erklärt sich bereit, den Anträgen der Kommission zu willfahren, welche mit sehr großer Majorität angenommen werden.

Schluß der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung: Verwendung der Anleihe von 30 Millionen; die Schulregulative u. s. w.

K. C. 35. Sitzung des Herrenhauses.

Der Präsident Prinz Hohenlohe eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch: v. Bethmann-Hollweg, Graf Pückler, Graf Schwerin und Herr v. Mallinckrodt als Regier.-Commissar.

Das Haus setzt zunächst die gestern abgebrochene Berathung des sechsten Berichts der Petitions-Commission fort. Sieben Petitionen sind gegen die bekannten Ministerial-Erlasse gerichtet, welche die Befähigung der Juden zur Kreisstandschaft und zu obrigkeitlichen Aemtern aussprechen. Die Commission beantragt unter Bezugnahme auf die Beschlüsse des Herrenhauses vom 24. März d. J. Ueberweisung an die Regierung. — Frhr. Senfft v. Pilsach für die Commission. — Minister des Innern Graf Schwerin: Der Standpunkt der Regierung sei bekannt; derselbige weiche von dem des Herrenhauses ab, und er glaube nicht, daß durch eine neue Erörterung eine Einigung erzielt werden würde. — Nach einer unerheblichen Diskussion wird der Antrag der Commission angenommen. Die übrigen auf Juden und Dissidenten bezüglichen Petitionen, über welche bereits berichtet worden, werden ohne Diskussion nach den Anträgen der Commission (durchgängig Tages-Ordnung) erledigt.

Es folgt die Berathung des Gesetzentwurfs wegen Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten. Die Anträge der Commission (principaliter Ablehnung wegen der Theilung der Stadt Berlin in mehrere Wahlbezirke als nicht verfassungsmäßig, event. mehrere Einzelabänderungen) sind mitgetheilt. Prof. Tellkampf gegen die Commission. Die Eintheilung der Stadt Berlin in mehrere Wahlbezirke sei verfassungsgemäß. Die Verf. sagt, daß Wahlbezirke aus einer größern Stadt bestehen können; man könne daraus folgern, daß mehrere Wahlbezirke aus einer größern Stadt bestehen dürfen.

Herr v. Kleist-Retzow: Wenn nach Art. 69 der Verfassung Kreise nicht getheilt werden dürfen, so könne dies auch bei Städten nicht der Fall sein; das eine sei so verfassungswidrig wie das andere. Doch sei dies nicht der alleinige Grund, weshalb die Mehrheit der Commission sich gegen das Gesetz erklärte. Das Gesetz sei kein zweckmäßiges. Unser ganzes Wahlsystem sei ein unorganisches, nichts anderes als das System der Kopfzahl, die von der Regierung in Haufen getheilt werden, welche Haufen sich wieder unter sich in kleinere Haufen spalten, die nach dem Vermögen rangiren. Dieses System könne die allergrößten Gefahren hervorrufen. Im Zeitpunkte der Wahlen machten sich Zeitströmungen, unberechtigte und unberechenbare Einflüsse geltend, es kämen Interessen zum Vorscheine, die nicht übereinstimmten mit der Continuität des Staates. Die Pflicht der Regierung sei es, so lange dieses unorganische Wahlsystem bestehe, ihren Einfluß gegen derartige mögliche Einflüsse der Zeitströmungen geltend zu machen. Er sehe in der Vorlage nichts als eine willkürliche Zusammenleung und Bezirks-Eintheilung, welche in sich nicht die Garantie für die Beseitigung jener Gefahren trage. Wenn man durch das Gesetz eine Garantie für konservative Wahlen erhielte, würde er es acceptiren. Bei dem jetzigen System sei die Eintheilung wie ein Kaleidoskop, wo man bei jedem Rütteln des Glases ein anderes Bild erhalte; diejenige Partei, welche in der Minorität sei, werde immer über Unterdrückung klagen. Die Klagen würden aufhören, wenn man auf die gegebene vorhandene Eintheilung zurückginge, auf die Kreise. Unsere Kreise bildeten die Grundlage der staatlichen Gliederung und, mit Ausnahme der Rheinprovinz, die Einheit, aus deren Zusammenfassung der Staat sich aufbaue. Wir hätten 320 Kreise und brauchten 350 Abgeordnete; man könne die kleineren Kreise den größeren zulegen und die allergrößten zwei Abgeordnete wählen lassen. Das starre Kopfzahlsystem würde dadurch gebrochen zu Gunsten der alten Korporationen, die Minoritäten könnten dann mehr zur Geltung kommen. Es sei möglich, daß alsdann weniger Capacitäten in das andere Haus kämen, aber gewiß mehr Leute, die mit den Verhältnissen, den Bedürfnissen und dem wahren Leben der Kreise vertraut seien. Die Wahlen würden mehr ständisch werden, mit allen Bedenken und Vorzügen des ständischen Wesens. Es wäre kein Schaden, wenn alsdann viele, die mit den Kreisen nicht verwachsen seien, nicht im Abgeordnetenhause säßen. Das jetzige Haus der Abgeordneten habe noch ein Jahr vor sich, man könne also noch vor den neuen Wahlen in der nächsten Session eine neue Vorlage diskutiren.

Vice-Präsident Graf Stolberg übernimmt den Vorsitz.

Minister des Innern Graf v. Schwerin: Mit Rücksicht auf die kurze Zeit und unter Hinweisung auf die Ausführungen in der Commission könne er seine Erklärungen auf das knappeste Maß beschränken. In der Rede des Herrn v. Kleist liege die beste Vertheidigung der Regierung und er sage dem Redner für die Offenheit, mit der er, wie gewohnt, gesprochen, seinen Dank. Die verfassungsmäßigen Bedenken halte er nicht für durchgreifend. Ein Gesetz müsse nach den Motiven des Gesetzgebers beurtheilt werden; es sei aber nicht die Absicht bei Feststellung des bezüglichen Verfassungsartikels gewesen, die Theilung einer Stadt in mehrere Bezirke zu verhindern. Die Regierung gehe von der Ausicht aus, daß die Sicherung der Freiheit der Wahlen eine Hauptgarantie des verfassungsmäßigen Lebens sei. Das Dreiklassensystem, und was damit zusammenhänge, gefalle der Regierung selbst nicht, aber sie halte es für ihre Pflicht, nach den einmal bestehenden Gesetzen die Freiheit der Wahlen zu sichern, und prinzipiell alle fremden Einflüsse zurückzuweisen. Jede preußische Regierung, die zu dem Mittel der Beeinflussung der Wahlen greife, sei von Anfang an verloren. Bei einer Eintheilung, wie sie Herr v. Kleist verlange, werde sich schwer ein annähernd passendes Verhältniß herstellen lassen; bei ihren Vorschlägen liege der Regierung vor allem daran, den Gesichtskreis der Wähler zu erweitern und tendenziöse Einwirkungen zu vermindern. Die Erfahrungen der letzten 10 Jahre seien der Vorlage zu Grunde gelegt worden. Auch die frühere Regierung habe es nicht für zweckmäßig gehalten, das Kleistsche Prinzip zu adoptiren, sie habe mehrere Kreise zusammengelegt, und möglichst große Wahlbezirke gebildet. Bei den getroffenen Abänderungen der bestehenden Wahlbezirke sehe die Regierung im Wesentlichen nur darauf, daß die Wahlbezirke gesetzlich festgestellt werden, um für die willkührlichen Einwirkungen der Verwaltung ein Gegengewicht zu haben; sie lege weniger Gewicht darauf, wie die Bildung der Bezirke erfolge. Bei jeder einzelnen Abänderung habe die Regierung gute Gründe gehabt, aber wie sie sich den Aenderungen der Abgeordneten angeschlossen, würde sie sich im Wesentlichen denen des Herrenhauses nicht widersetzen, ja sogar ihren Einfluß anwenden, um die Zustimmung des andern Hauses zu erlangen, nur damit das im Lande lebhaft gewünschte Gesetz in dieser Session zum Abschluß gelange.

Dr. v. Zander: Weder dem Worte, noch dem Sinne nach, könne bei strengster Auslegung in der Eintheilung der Stadt Berlin in mehrere Wahlbezirke eine Verfassungswidrigkeit gefunden werden.

Graf Itzenplitz: Die Materie sei noch nicht reif zum Abschluß. Auf die angebliche Verfassungswidrigkeit lege er weniger Werth. Das Prinzip der Zusammenlegung zweier Kreise sei ein unrichtiges.

Der Reg.-Komm. v. Mallinckrodt tritt der Behauptung entgegen, daß die neue Eintheilung der Wahlbezirke die bestehenden Mängel eher vermehre wie vermindere; man sehe sich nur die von der Kommission gegebene Uebersicht der bisherigen und der nie proponirten Wahlbezirke an. Er widerlegt ferner den Vorwurf, daß die Vorlage nicht mit der Verfassung vereinbar sei.

Fürst Hohenzollern ist eingetreten.

Die allgemeine Diskussion ist geschlossen. Dr. Brüggemann als Berichterstatter bittet um Annahme der Vorlage, man möge den Fortschritt, der im Gesetz liege, nicht auf unbestimmte Zeit hinausschieben. (Vicepräs. Graf Stolberg macht dem Referenten den Vorwurf, daß er nur die Ansichten der Minorität der Kommission vertreten habe; Dr. Brüggemann erwidert, das sei nicht der Fall; er habe nur die Ansichten der Minorität neben denjenigen der Majorität zum Ausdruck gebracht).

Bei Eröffnung der Spezial-Diskussion erklärt der Minister des Innern, Graf Schwerin, daß die Regierung sich nicht überzeugen könne, daß irgend einer von den Anträgen der Commission eine wesentliche Verbesserung sei, daß sie aber auf ihre Ansicht nicht einen so hohen Werth lege, um nicht den Abänderungen des Hauses ihre Aufmeresamkeit zuzuwenden.

Das Resultat der nun folgenden Abstimmung im Einzelnen ist folgendes: Nach den Commissions-Anträgen wird beschlossen, der Kreis Osthavelland wählt getrennt von der Stadt Potsdam in Nauen für sich einen Abgeordneten; die Kreise Frankenstein-Münsterberg wählen alternirend in Frankenstein und Münsterberg; die Kreise Tost-Gleiwitz und Beuthen wählen getrennt in Gleiwitz, resp. Beuthen einen, resp. zwei Abgeordnete; Sagan und Sprottau alterniren; der Landkreis Posen und der Kreis Obornik wählen statt mit der Stadt Posen 3 Abgeordnete, für sich in Murowanna-Goslin 2 Abgeordnete; für die Kreise Wirsitz und Bromberg wird Nakel Wahlort statt Bromberg; der Landkreis Elberfeld wählt, statt mit den Städten Elberfeld und Barmen zusammen, in Mettmann für sich einen Abgeordneten; die Kreise Rees, Cleve, Mörs wählen getrennt je einen Abgeordneten, und zwar der Kreis Mörs in Rheinbach; die Orte Altenkirchen und Neuwied alterniren als Wahlort. In Bezug auf den dritten Wahlkreis des Regierungs-Bezirks Erfurt, Kreis Langensalza, Weißensee, Mühlhausen, wird auf Antrag des Frhrn. v. Oldershausen der Abänderungs-Vorschlag der Commission verworfen und der Beschluß des Hauses der Abgeordneten beibehalten. Für Kosel-Leobschütz wird, auf Vorschlag des Fürsten Hohenlohe-Oehringen, der ursprüngliche Wahlort Gnadenfeld wieder hergestellt. Für die Kreise Randow-Greifenhagen wird, auf Antrag des Hrn. v. Waldow-Steinhöfel, Greifenhagen Wahlort statt Stettin. Im Regierungs-Bezirk Cöslin sollen auf Antrag des Hrn. v. Kleist-Retzow, unter Widerspruch des Ministers des Innern, der sich auf das Urtheil des Oberpräsidenten und anderer kompetenter Personen beruft — die Kreise Schievelbein-Dramburg, der Kreis Fürstenthum und die Kreise Neu-Stettin-Belgard je einen Wahlbezirk bilden, die beiden

ersten Wahlbezirke jeder mit einem Abgeordneten, der letzte Wahlbezirk mit zwei Abgeordneten.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung über das ganze Gesetz wird dasselbe mit 49 gegen 44 Stimmen angenommen, und damit ist die Resolution in Bezug auf die Verfassungswidrigkeit der Eintheilung der Stadt Berlin in mehrere Wahlbezirke erledigt.

Inzwischen sind die Minister von Patow und von Auerswald eingetreten.

Zwei die Grundsteuer-Angelegenheit betreffende Petitionen werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt und mehrere auf die Oder-Regulirung bezügliche Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, sobald und insoweit die Staatsmittel solches gestatten.

Bei der Berathung des siebenten Petitions-Berichtes wird die neulich schon erwähnte, auf die Pferdezucht bezügliche Petitionen unter Widerspruch des Ministers der landwirthschaftlichen Angelegenheiten der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Eben so eine Petition wegen Befürwortung einer Exportbonifikation bei Rübenzucker.

Zu der Petition des Rechtsanwalts Obert zu Glaz daß ihm die entzogene Praxis bei den Gerichten des habelschwerdter Kreises wieder eingeräumt oder aber eine Entschädigung durch seine Versetzung nach Breslau gewährt werde, beantragt die Commission Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung, Dr. Zander den Uebergang zur Tagesordnung; der letztere Antrag wird angenommen.

Die Petitionen für Aufrechterhaltung der Schulregulative werden als durch den Beschluß des Herrenhauses erledigt betrachtet.

Schluß der Sitzung 3½ Uhr. — Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. — Tagesordnung: Militärvorlage.

Berlin, 19. Mai. [Amtliches.] Se. kgl. Hoh. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Maj. des Königs, allergnädigst geruht, Dem stellvertretenden Vorsteher der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin, Geh. Kommerzienrath Conrad, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, und dem Steuerkontroleur Klein zu Ottweiler den rothen Adlerorden vierter Klasse; ferner dem Ober-Amtmann Schmidt in Mose und dem Ober-Amtmann Fischer in Calbe a. S., im Regierungsbezirk Magdeburg, den Charakter als Amtsrath zu verleihen. (St.-A.)

[Die orientalische und die deutsche Frage.] Man schreibt der „Magd. Ztg.“: Die preußische Regierung hat kürzlich eine Mittheilung des petersburger Kabinets, betreffend die Lage der Christen in der Türkei und die Prüfung derselben, erhalten. Ein ähnliche Mittheilung ist ohne Zweifel allen übrigen großen Kabineten zugegangen und die Antwort der englischen Regierung kennt man hier bereits. Lord J. Russell hat gegen die bezeichnete Prüfung nichts einzuwenden, will aber Alles vermeiden, was den Bestand der türkischen Herrschaft erschüttern könnte. Die hiesigen diplomatischen Kreise fassen die Situation sehr ernst auf, und zwar nicht erst seit gestern. Sie gehen von der Ansicht aus, daß hier der Abschluß eines seit Jahr und Tag vorbereiteten Einverständnisses zwischen Rußland und Frankreich vorliegt, dessen Spitze gegen England gerichtet ist. Die zwischen Herrn v. Budberg und Herrn v. Thouvenel neuerdings getroffenen Vereinbarungen sind hier und in Londan ihrem Inhalte nach durchaus unbekannt. Frühere Sendungen hoher russischer Offiziere an den hiesigen Hof, der Generale Adlerberg und Berg, scheinen mit der orientalischen Frage in direktem Zusammenhange zu stehen.

— Die „Wochenschrift des Nationalvereins“ bringt in ihrer letzten Nummer folgende ziemlich unwahrscheinliche Mittheilung:

„Herr v. Thouvenel hat in vertraulichen Unterredungen mit den Gesandten zweier Staaten, die dem Rheinbunde angehört haben, zu erkennen gegeben, daß der Kaiser der Franzosen es gern sähe, wenn die Formen der Etikette wieder angenommen würden, durch welche der Verkehr Napoleon's I. mit den Fürsten der fraglichen Staaten geregelt worden sei. Das wesentliche Stück dieser Formen nun war die den Rheinbundfürsten auferlegte Unterschrift: Votre frère et serviteur. Der eine von den beiden Gesandten bat um schriftliche Mittheilung des von Herrn Thouvenel ausgesprochenen Wunsches, die indessen nicht erfolgte. Der zweite Gesandte entledigte sich des ihm ertheilten Auftrages bei seinem Hofe. Dieser, obgleich er sich von jeher und namentlich bei mehr als übereilter Anerkennung des wiederhergestellten Kaiserreichs, durch dienstfertige Beflissenheit gegenüber dem Napoleonismus hervorgethan, konnte sich doch nicht entschließen, mit dem ihm angesonnenen Beispiel der förmlichen Unterthänigkeitsbezeigung voranzugehen. Ein eigenhändiges Schreiben bat unter vielen Entschuldigungen den Kaiser der Franzosen um die Erlaubniß, sich nicht dessen Diener nennen zu dürfen. Das Gesuch wurde großmüthig gewährt.“

— Eine Versammlung zur Besprechung deutscher Angelegenheiten hat in Eßlingen am 10. Mai stattgefunden und u. A. beschlossen: „So lange nicht der Nationalverein als deutscher Nationalverein eine ganz deutsche Politik in sein Programm aufnehme, so lange er nicht von Preußens Regierung und Volk zum Zeichen ihrer deutschen Gesinnung die Annahme der Reichsverfassung von 1849 verlange, so lange könne der Nationalverein es uns Schwaben nicht übel nehmen, wenn wir noch kein volles Vertrauen zu ihm haben.“

— Man erzählt, daß die in der vorletzten Nummer des „Kladderadatsch“ enthaltene Ballade mit dem Refrain „zo tojest“, in welcher die gräflich Dunten'sche Affaire besungen wurde, auf der hiesigen russischen Gesandtschaft übel vermerkt und ebenfalls zum Gegenstand einer Beschwerde oder Reklamation gemacht worden sei. Baron Budberg hat bei Gelegenheit seines Protestes, welchen er an Baron Schleinitz gerichtet hat, auch die Billets zur Diplomaten-Tribüne, die seiner Gesandtschaft zur Verfügung standen, zurückgeschickt.

Posen, 19. Mai. Unser neuer Oberpräsident v. Bonin ist gestern mit dem Nachmittagszuge von Berlin hier eingetroffen. Zu seinem Empfange hatten sich am Bahnhofe der Vicepräsident und die Abtheilungs-Dirigenten der hiesigen k. Regierung, so wie der Polizeipräsident eingefunden. Herr von Bonin hat sein Absteigequartier in Mylius Hotel genommen, und heute schon die Mitglieder des Regierungskollegiums sich vorstellen lassen. (Pos. Z.)

Oesterreich.

Wien, 19. Mai. [Die ungarischen Reichsräthe. — Amnestie.] Wie wir vernehmen, haben vier der ernannten ungar. Reichsräthe definitiv angenommen und bereits gestern bei Sr. M. dem Kaiser Audienz gehabt, um ihm zu danken; es sind dies die Herren Grafen Georg Opponyi, Johann Barkoczy, Georg Majlath und Bürgermeister Toperczer. Auch mit Baron Vay sollen die Besprechungen noch nicht abgebrochen sein, zumal durch das neueste kaiserliche Handschreiben in der Protestantenfrage ein großer Umschwung eingetreten ist. Der Eintritt des Baron v. Vay in den Reichsrath hatte außer allem Uebrigen auch noch die Schwierigkeit gegen sich, daß er wegen der Abhaltung eines Konventes unter einer gerichtlichen Anklage stand. Die gestern veröffentlichte Amnestie beseitigt allerdings diese Schwierigkeit. Außer vom Baron Vay ist die Rede von der Ernennung des Grafen Anton Szeczen und schließlich auch vom Grafen Franz Zichy.

Die gestern publizirte kaiserliche Amnestie für die in der Protestanten-Angelegenheit vorgekommenen Straffälle und eingeleiteten Untersuchungen erstreckt sich auf einhundert und vier Personen. (Ostd. Post.)

Frankreich.

Paris, 15. Mai. [Aufschlüsse über die orientalische Frage.] Schon vor zwei, drei Monaten hörte ich von einem Fürsten Dolgorucki sprechen, der für den Winter in Paris erwartet wurde und statt dessen in — Belgrad sich niederließ. Es gehört ein sonderbarer Geschmack dazu, die Hauptstadt Serbiens der Hauptstadt Frankreichs vorzuziehen, wenn man die Wahl hat zwischen beiden. Allmälig hörte man jedoch, der Fürst befände sich keineswegs als simpler Tourist in Belgrad und seine Ausflüge nach den benachbarten türkisch-slavischen Ländern seien keine bloßen Vergnügungsreisen. Die Thatsache ist, daß der Fürst eine Sammlung von Beschwerden und Petitionen aus Bosnien und der Herzegowina zusammen gebracht und nach Petersburg geschickt hat, in welchen die christlichen Bewohner jener Länder den Schutz Rußlands gegen die Bedrückungen der türkischen Begs anrufen.

Wie weit diese Schriftstücke aus freiem Antriebe oder durch die Bemühungen der russischen Agenten zu Stande kamen, mag ich nicht untersuchen. Genug, die eingelaufenen Akten gaben dem Fürsten Gortschakoff hinlängliche Anhaltspunkte, um die in Petersburg akkreditirten Gesandten der übrigen vier Großmächte zu einer Konferenz einzuladen, in welcher er die Nothwendigkeit auseinander setzte, eine Verbesserung der Lage der christlichen Bewohner des türkischen Reichs zu erzielen. Die Gesandten Oesterreichs, Englands und Preußens erklärten, daß sie ohne alle Instruktion seien und ihren Regierungen erst Bericht abstatten müßten. Nur der Duc de Montebello (der Gesandte Frankreichs) erklärte, es sei ein gutes Recht der Diplomatie, ihren eigenen Verstand bei solchen Fällen zu Rathe zu ziehen und Vorschläge zu machen, die ihren Höfen zu Statten kämen. Demgemäß entwarf er noch in der nämlichen Sitzung ein Programm, dessen Hauptpunkte folgende sind: 1. Es soll in den türkisch-slavischen Ländern eine Enquête über die Beschwerden der christlichen Bewohner stattfinden. 2. Die Kommission, welche diese Enquête vorzunehmen hat, soll zum Theil aus türkischen Bevollmächtigten, zum Theil aus den in jenen Gegenden etablirten christlichen Konsuln bestehen. 3. Sobald diese Kommission ihren Bericht erstattet hat, sollen die europäischen Mächte die gehörigen Schritte machen, um den zu Tage tretenden Beschwerden gerecht zu werden.

Die Nachricht von dieser ungewöhnlichen Konferenz, die ungefähr am 6. oder 8. Mai stattfand, hat hier in allen diplomatischen Kreisen großes Aufsehn gemacht und man fürchtete im ersten Augenblick, die orientalische Frage stehe in voller Mentschikoff'scher Uniform in ihrer ganzen Größe vor der Thüre. Der Telegraph zwischen hier und London leitete eine ganze Reihe von Fragen und Antworten hinüber und herüber. Lord Cowley begab sich endlich direkt zu Herrn Thouvenel, um im Namen seiner Regierung Aufschlüsse über die Rolle, die der Duc de Montebello bei dieser Sache gespielt, zu verlangen. Herr v. Thouvenel gab dem Vertreter Englands die Erklärung ab, daß der Duc ohne alle Instruction und ohne alle Autorität gehandelt und blos seine Privatmeinung zu Papier gebracht hätte. Das französische Kabinet habe ihm bereits die Weisung zugehen lassen, sich jedes weitern Schrittes in dieser Angelegenheit zu enthalten, indem, wenn irgend ein Vorschlag in Konstantinopel zu machen wäre, dieser vorerst unter den fünf Großmächten auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege zu vereinbaren sei. Lord Cowley gab dann im Namen seines Kabinets die Erklärung, daß Lord John Russell gegen den Gedanken einer Enquête nichts einzuwenden habe, daß aber der Modus derselben nur nach reiflich gepflogener Berathung mit der Pforte bestimmt werden könne und daß letzterer keinerlei Zwang angethan werden dürfe, sondern der Artikel 9 des pariser Friedens seine volle Geltung behalten müsse.

In französischen Kreisen hält man auch in vertraulichen Mitheilungen die Behauptung aufrecht, der Duc de Montebello habe aus eigenem Antriebe gehandelt und sei wahrscheinlich vom Fürsten Gortschakoff vorgeschoben worden, alle von letzterem entworfenen Vorschläge als seine eigenen Einfälle vorzubringen. Da der Geist des Herzogs von Montebello keineswegs von jener moussirenden Natur ist, wie der Geist seines berühmten Champagners, so ist es wohl denkbar, daß er sich vom Fürsten Gortschakoff zu dieser Intrigue einfädeln ließ. Dem sei wie da wolle, es ist der Vorfall jedenfalls ein Beweis, daß zwischen dem Repräsentanten Frankreichs und dem Minister Rußlands eine Intimität besteht, die auf ein sehr freundschaftliches Verhältniß der beiden Regierungen schließen läßt. Es ist ein lautes Geheimniß, daß Rußland es war, welches die englischen Bemühungen bezüglich eines Protestes zu Gunsten der schweizerischen Ansprüche in der savoyischen Frage durchkreuzt hat. Für diesen Dienst, den es Frankreich erwiesen hat, darf es seinerseits wohl auf einen Gegendienst Frankreichs rechnen; les petits cadeaux entretiennent l'amitié. Napoleon hat noch manche Gefälligkeit von Rußland zu verlangen und wird sich ihm zu mancher Gegengefälligkeit verpflichten.

Aber Fürst Gortschakoff irrt sich, wenn er glaubt, er dürfe gleich mit großen Ansprüchen beginnen. Er hat einen Feinern, als er selber ist, sich gegenüber. Die Zeit eines Kampfes zwischen Frankreich und England ist noch nicht gekommen, dies beweist gerade in diesem Augenblicke die sicilianische Frage, wo Frankreich abermals England manche wichtige Concessionen gemacht hat, die bald zu Tage treten werden. (Ostd. P.)

= **Breslau,** 20. Mai. [Ausmarsch des 19. Inf.-Regts.] Es war ein frischer Maimorgen, welcher heut einen großen Theil der hiesigen Bevölkerung im Sonntagsstaate auf den Beinen sah, um dem ausrückenden 1. Bat. 19. Inf.-Regts. das Geleit zu geben. Schon um 5 Uhr war die Promenade am kgl. Palais von Besuchern aller Klassen außergewöhnlich belebt. Nachdem die Fahne von der 1. Compagnie und der Regimentsmusik eingeholt worden war, stand das Bat. gegen 6 Uhr vollständig und mit vollem Gepäck auf dem Palaisplatze längs der Rückfront des Theaters aufmarschirt. Anwesend waren bereits die Brigade-Generale, der Stadt-Commandant und ein zahlreiches Offiziercorps aller Truppengattungen, als Se. Exc. der Divisions-Commandeur Herr. Generallieut. v. Schlichting erschien und sich nach einem von den Mannschaften kräftig erwiderten Morgengruße an die Spitze des Bataillons begab, welches sich bald darauf in Bewegung setzte. Voran ritt die Generalität, der Regiments-Commandeur Hr. Oberst von Gansauge mit dem Stabe und das übrige Offiziercorps. Zu beiden Seiten der Mannschaften wogte die bunte Menge, unter der besonders das zartere Geschlecht sehr stark vertreten war. So ging der immer stärker anwachsende Zug über die Wallstraße und das letzte Ende der Promenade, die Friedrich-Wilhelmsstraße entlang und zum Nikolaithore hinaus, indem die ziemlich bedeutende Reihe von Stabs-Offiziersequipirungs-, Montirungs- und Gepäckwagen nebst Feldapotheke 2c. sich hinten anschloß. Auf der berliner Chaussee schwieg die Musik, und es begann, da mit offenem Schritt marschirt wurde, ein gemüthlicher Verkehr zwischen dem scheidenden Militär und dem begleitenden Publikum, welches sich bis zu Tausenden vermehrt hatte. — Es entfaltete sich ein lebensvolles Gemälde, welches Augenzeugen gewiß unvergeßlich bleiben wird. Abgestreift waren die engen Bande der Etiquette wie der Disziplin, und bei den mannigfaltigen, theils wehmüthigen, theils humoristischen Abschiedsscenen lehnte manche Schöne träumerisch am Arme ihres verehrten Kriegers, von dem sie sich nun vielleicht auf Nimmerwiedersehen trennen sollte. Unmittelbar hinter dem „letzten Heller“ ward auf freiem Felde das erste Rendezvous gehalten. Hier verabschiedete sich die Generalität und kehrte nach der Stadt zurück; eben so das Musikchor und das Gros der Begleitung, während einzelne Angehörige und Freunde dem Bataillon bis Lissa folgten.

Das Bataillon übernachtet heute in Frobelwitz nebst Umgegend und zieht morgen Früh mit der Regimentsmusik, welche mit dem Mittagszuge nach Neumarkt fährt, in dieser Stadt ein, um von da in 5 Tagemärschen die Tour nach Glogau zurückzulegen.

Das bereits früher aus Brieg aufgebrochene 2. Bataillon 19. Regiments trifft gleichzeitig mit dem 1. Bat. in der künftigen Garnison ein.

21. Morgens. Heute Früh 6 Uhr erfolgte von dem Platze am Wäldchen in der Odervorstadt der Ausmarsch des Füsilier-Bataillons nach seinem künftigen Bestimmungsorte Fraustadt, ebenfalls unter Begleitung der Generalität wie eines zahlreichen Publikums, und zwar auf der trebnitzer Chaussee, vom schönsten Wetter begünstigt. Am ersten Rendezvousplatze dürften sich die gestrigen Abschiedsscenen in ähnlicher Weise wiederholen und wird das Bat. heute in Kunzendorf Nachtquartier nehmen.

Das am Sonnabend im Volksgarten veranstaltete Abschieds-Concert der hier sehr beliebten Neunzehner-Kapelle war aufs Geschmackvollste arrangirt und lieferte für die Benefiziaten ein recht erfreuliches Resultat.

** Wir wir hören, ist die Rückkehr Sr. Exc. des Hrn. kommandirenden Generals v. Lindheim aus Stockholm Ende dieser Woche zu erwarten.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 19. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die Börse war in Folge der jüngsten Nachrichten aus Neapel in günstiger Stimmung. Die 3proz. eröffnete zu 69, 60, stieg auf 69, 40, wich auf 69, 05 und schloß in ziemlich fester Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 95 eingetroffen.

Schluß-Course: 3proz. Rente 69, 20. 4½proz. Rente 95, 20. 3proz. Spanier 45½. 1proz. Spanier 36¼. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 493. Credit-mobilier-Aktien 655. Lombard. Eisenbahn-Aktien —. Franz-Joseph —. Oesterr. Kredit-Aktien —.

London, 19. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Der gestrige Wechselcours auf Wien war 13 Fl. 75 Kr., auf Hamburg 13 Mk. 5¼ Sch. Silber 61⅝.

Consols 94⅞. 1proz. Spanier 37. Mexikaner 21. Sardinier 84. 5proz. Russen 108. 4½proz. Russen 97.

Der erschienene Bankausweis ergiebt einen Noten-Umlauf von 21,605,065 Pfd. und einen Metallvorrath von 15,527,350 Pfd.

Wien, 19. Mai, Mittags 12 Uhr 30 Minuten.

5proz. Metalliques 68, 75. 4½proz. Metalliques 61, 50. Bank-Aktien 853. Nordbahn 198, 20. 1854er Loose 97, 50. National-Anlehen 78, 30. Staats-Eisenbahn-Aktien-Certifikate 262, —. Kredit-Aktien 181, 70. London 133, 50. Hamburg 101, —. Paris 53, 50. Gold 134, —. Silber —, —. Elisabetbahn 187, —. Lombardische Eisenbahn 164, —. Neue Lombard. Eisenbahn —. Neue Loose 103, —.

Frankfurt a. M., 19. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Bessere Stimmung, höhere Course, österreichische Fonds beliebter.

Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 121. Wiener Wechsel 86¼. Darmstädter Bank-Aktien 150. Darmstädter Zettelbank 230. 5prozent. Metalliques 48¼. 4½proz. Metalliques 43. 1854er Loose 71½. Oesterr. National-Anleihe 56. Oesterreich.-französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 230. Oesterr. Bank-Antheile 732. Oesterr. Kredit-Aktien 157½. Oesterr. Elisabet-Bahn 135. Rhein-Nahe-Bahn 44. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 93½. Mainz-Ludwigshafen Litt. C. —.

Hamburg, 19. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Anfangs animirt, später niedriger.

Schluß-Course: National-Anleihe 56¾. Oesterr. Kreditaktien 66½. Vereinsbank 98. Norddeutsche Bank 80. Wien —, —.

Hamburg, 19. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco seit gestern Abend ansehnliche Umsätze, 2—3 Thlr. höher, ab auswärts gefragt. Ab Howacht mit Schiff 133pfd. 128 bezahlt. Roggen loco flau, ab auswärts sehr stille. Oel pr. Mai 24⅜, pr. Oktober 25⅞. Kaffee ruhig. Zink unverändert, zu 13⅜ wohl zu lassen.

Liverpool, 19. Mai. [Baumwolle.] 7000 Ballen Umsatz. — Preise gegen gestern unverändert.

Wien, 19. Mai. Abendbörse: fest. National-Anleihe 78, 30. Credit-Aktien 182, 20. Nordbahn 198, 40. Franz.-Oesterreich. Staatsbahn 262. Neue Lotterie-Anleihe 93, 62. Rente 69, 20. (Bresl. Mont.-Ztg.)

Berliner Börse vom 19. Mai 1860.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	
Freiw. Staats-Anleihe	4½	99½ bz.
Staats-Anl. von 1850 52, 54, 55, 56, 57	4½	99 bz. u. G.
dito 1853	4	92¾ G.
dito 1859	5	102¼ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	83 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	112½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	— —
Pfandbr. Kur- u. Neumärk.	3½	86¾ bz.
Pfandbr. dito dito	4	99 bz.
Pfandbr. Pommersche	3½	85½ bz.
Pfandbr. dito neue	4	94¾ B.
Pfandbr. Posensche	4	— — —
Pfandbr. dito	3½	90⅜ G.
Pfandbr. dito neue	4	87¾ bz.
Pfandbr. Schlesische	3½	86¾ B.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk	4	92½ G.
Rentenbriefe Pommersche	4	92½ G.
Rentenbriefe Posensche	4	— — —
Rentenbriefe Preussische	4	92 bz.
Rentenbriefe Westf. u. Rhein.	4	92½ B.
Rentenbriefe Sächsische	4	93½ G.
Rentenbriefe Schlesische	4	93¼ bz.
Louisdor	—	108⅜ G.
Goldkronen	—	9. 2½ G.

Ausländische Fonds.

	Zf.	
Oesterr. Metall.	5	49½ bz.
dito 54er Pr.-Anl.	4	73 B.
dito neue 100 fl.L.	—	50 bz.
dito Nat.-Anleihe	5	57 à 56¾ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	105½ B.
dito 5. Anleihe	5	94⅝ G.
do.poln.Sch.-Obl.	4	84¾ bz.
Poln. Pfandbriefe	4	— —
dito III. Em.	4	87½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	90½ etw bz.
dito à 300 Fl.	5	93 B.
dito à 200 Fl.	-	23 G.
Kurhess. 40 Thlr.	-	42½ B.
Baden 35 Fl	-	29¾ etw. bz.

Actien-Course.

	Div. 1859	Z.-F.	
Aach. Düsseld.	—	3½	— — —
Aach.-Mastricht.	—	4	15¼ G.
Amst.-Rotterd.	5	4	69¼ bz. u. G.
Berg. Märkische	4½	4	75½ bz. u. G.
Berlin-Anhalter.	7¾	4	107 bz.
Berlin-Hamburg.	5⅓	4	103½ à 104 bz. u. B.
Berl.-Ptsd.-Mgd.	7	4	123 bz. u. G.
Berlin-Stettiner	—	4	96 bz.
Breslau-Freib.	4	4	76 bz.
Cöln-Mindener	—	3½	122 à 123 bz.
Franz.St.-Eisb.	—	5	127½ à 127 bz.
Ludw.-Bexbach.	—	4	121½ bz.
Magd. Halberst.	13	4	186 G.
Magd.-Wittenb.	1 1/6	4	32½ G.
Mainz-Ludw. A.	—	4	95 B.
Mecklenburger	1½	4	43¾ à ½ à ¾ bz.
Münster-Hamm	4	4	— — —
Neisse-Brieger	2	4	52½ bz.
Niederschles.	4	4	90 bz.
N.-Schl. Zwgb.	—	4	— —
Nordb. (Fr.-W.)	—	4	45½ à 45 à 45½ bz.
dito Prior.	—	4½	100 G.
Oberschles. A.	6 1/12	3½	111 à 112 bz.
Oberschles. B.	6 1/12	3½	104½ à 105 bz.
dito C.	6 1/12	3½	111 à 112 bz.
dito Prior. A.	—	4	92 G.
dito Prior. B.	—	3½	78¾ bz.
dito Prior. D.	—	4	84¾ bz.
dito Prior. E.	—	3½	72 B.
dito Prior. F.		4½	— — —
Oppeln-Tarnow.	—	4	— — —
Prinz-W.(St.-V.)	1½	4	— — —
Rheinische	—	4	75 bz.
dito (St.) Pr.	-	4	— — —
dito Prior.	-	4	— — —
dito v. St. gar.	—	3½	— — —
Rhein-Nahe-B.	-	4	40 bz.
Ruhrort-Crefeld.	—	3½	— — —
Starg.-Posener	—	3½	77½ bz.
Thüringer.	5¼	4	98 bz.
Wilhelms-Bahn.	—	4	— — —
dito Prior.	-	4	— — —
dito III Em.	-	4½	— — —
dito Prior. St.	-	4½	— — —
dito dito	-	5	— — —

Preuss. und ausl. Bank-Actien.

	Div. 1859	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 1/12	4	116 B.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	75 G.
Berl. W.-Cred G.	—	5	90½ B.
Braunschw. Bnk.	4	4	65 bz. u. B.
Bremer „	5	4	96 G.
Coburg. Crdit.A.	2	4	49 G.
Darmst.Zettel-B	4	4	91½ G.
Darmst (abgest.)	—	4	58½ bz.
Dess.Creditb.-A	—	4	15 à 14½ à ¼ bz. u. G.
Disc.-Cm.-Anth	—	4	79 à 79½ bz. u. G.
Genf.Creditb.-A	—	4	24¾ bz.
Geraer Bank	3½	4	70 etw. bz.
Hamb.Nrd. Bank	4⅔	4	79 B.
„ Ver.- „	4⅔	4	96½ G.
Hannov. „	—	4	89 bz. u. G. (i. p.)
Leipziger „	—	4	58½ bz. excl. Cp.
Luxembg.Bank	4	4	78 B.
Magd. Priv. B.	3¼	4	74 B.
Mein.-Crditb.-A.	—	4	61 G.
Minerva-Bwg A.	—	5	26½ etw bz. u. G.
Oesterr.Crdtb.A.	—	5	67 à 66½ bz.
Pos. Prov.-Bank	4	4	74 B.
Preuss. B.-Anth	6¾	4½	123 etw. bz.
Schl. Bank-Ver.	5	4	73 B.
Thüringer Bank	—	4	47 B.
Weimar. Bank	3½	4	76½ etw bz. u. B.

Wechsel-Course.

Amsterdam	k. S.	141⅞ bz.
dito	2 M.	141⅛ bz.
Hamburg	k. S.	150¾ bz.
dito	2 M.	150¼ bz.
London	3 M.	6. 17½ bz.
Paris	2 M.	79 G.
Wien österr. Währ.	8 T.	73½ bz.
dito	2 M.	73 bz.
Augsburg	2 M.	56. 20 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ G.
dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg	3 W	96½ bz.
Bremen	8 T.	108 bz.

Berlin, 19. Mai. Die Stimmung hatte sich erheblich gebessert, zumal Paris gestern fester geschlossen hat und Wien, gestern nach der Börse noch viel flauer (London 134. 50), heute durchweg günstiger als gestern Mittags kam. Das Geschäft war jedoch gering, etwas lebhafter nur in Oesterreich. Kredit- und in kleinen Spekulationspapieren. Geschäftslust war merklich gehoben, die Abschlüsse wurden aber durch hohe Briefcourse erschwert; Käufer wollten über die gestrigen Course nicht weit hinaufgehen, während Inhaber sich dem Stande von Mittwoch zu sehr näherten. Nach flauen Momenten in der zweiten Börsenstunde wurde die Börse zuletzt fester und besonders für Eisenbahnaktien, namentlich Oberschlesische und Nordbahn, zeigte sich gute Frage. Beide waren schon während der ganzen Börse fest und selbst bei höherem Gebot schwer zu erlangen. Preußische Fonds zu den gestrigen Coursen eher gesucht bei geringem Umsatz. 5% Anleihe ult. 102½, Juni mit 102 offerirt. Essener Stadtoblig. mit 97 zu lassen, Abgeber hielten auf 97½. Diskonto 2½—¾.

Wechsel waren heute fest bei ziemlich regem Geschäft. Kurz Holland blieb ⅛ herabgesetzt, beliebt, ebenso war kurz Holland ⅛ theurer gefragt, während für lange Sichten, die sich ¼ höher stellten, dies weniger der Fall war. London ließ sich begeben, kurze Sichten bedangen 4 % Diskonto: für Paris blieb viel Geld. Wien bedang die besseren gestrigen Course und stellte sich demnach gegen letzte Wechseltagsnotiz 1 Thlr. niedriger. Augsburg und Frankfurt waren in langer Sicht eher zu lassen, in kurzer Sicht dagegen sehr offerirt, kurz Frankfurt mit 1 % Diskonto. Petersburg gewann etwas gegen gestern, gegen letzten Wechseltagscours verlor es ¾, blieb dazu aber verkäuflich. Warschau ging noch unter gestrigem Course um, es stellt sich schließlich auf 87¾, ¾ billiger als Dinstag. (Bank- u. H.-Z.)

Breslau, 21. Mai. [Produktenmarkt.] In allen Getreikörnern bei matter Stimmung sehr geringes Geschäft, Zufuhren wie Angebot von Bodenlägern mäßig, letzte Preise schwach behauptet. — Oel- und Kleesaaten ohne Aenderung. — Spiritus ruhig, pro 100 Quart preußisch loco und Mai 16¾ B.

	Sgr.			
Weißer Weizen	78	82	86	90
Gelber Weizen	75	80	84	87
dito mit Bruch	60	65	70	72
Roggen	55	58	60	62
Gerste	43	45	48	52
Hafer	27	29	31	33
Kocherbsen	54	56	58	62
Futtererbsen	45	48	50	52
Wicken	40	45	48	50

	Sgr.			
Winterraps	90	94	96	98
Winterrübsen	76	78	80	84
Sommerrübsen	72	76	78	80
Schlagleinsaat	75	80	84	88

	Thlr.				
Rothe Kleesaat	7½	9½	10½	11	11¾
Weiße dito	12	14	16	17	18
Thymothee	8	8½	9	9¼	9½

Theater-Repertoire.

Montag, den 21. Mai. (Kleine Preise.) **Zu Ehren des hochlöblichen 6. Jäger-Bataillons:** 1) **„Wallenstein's Lager.“** Dramatisches Gedicht in 1 Akt von Friedrich v. Schiller. Musik von Zumsteg. 2) **Ouvertüre** aus der Oper: „Das Nachtlager von Granada“, von Kreutzer. 3) **„Wie denken Sie über Rußland?** oder: **Der erste Dienst.“** Lustspiel in 1 Akt von G. v. Moser. 4) **„Die Libelle.“** Phantastisches Ballet in 2 Abtheilungen von F. M. Musik von F. v. Flotow. In Scene gesetzt vom Hrn. Balletmeister Pohl.

Sommertheater im Wintergarten.

Montag, den 21. Mai. (Kleine Preise.) **„Ein Lump.“** Original-Posse mit Gesang in 3 Akten von Friedrich Kaiser. Musik von C. Binder.

Verantwortlicher Redakteur; R. Bürkner in Breslau.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.